Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(26.9.1973) Drucksache 8/605

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 8 / 605**
Landtag 26. 09. 73
8. Wahlperiode

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD

Ausländische Arbeitnehmer

Die Bürgerschaft hält es für erforderlich, im Rahmen einer längerfristigen Gesamtkonzeption für die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik noch in dieser Legislaturperiode ein Programm zur angemessenen Integration der ausländischen Arbeitnehmer im Lande Bremen zu entwickeln.

Die Bürgerschaft vertritt die Auffassung, daß ein sozialer Rechtsstaat sich der Aufgabe stellen muß, den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen zu ermöglichen, nach den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen unseres Aufenthaltslandes zu leben. Ihre Chancengleichheit soll nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im privaten, gesellschaftlichen und bildungspolitischen Bereich verwirklicht werden. Eine Rotation als staatlich ausgeübtes Zwangsmittel zur Steuerung der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer ist konsequenterweise abzulehnen.

Eine auf Integration ausgerichtete Ausländerpolitik in der BRD setzt voraus, daß die weitere Zunahme der Ausländerbeschäftigung Schritt hält mit der Belastbarkeit der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Die Bürgerschaft ist deshalb der Auffassung, daß die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung nicht weiter allein einzelwirtschaftlichen Entscheidungen, die ohne Rücksicht auf die Folgekosten getroffen werden, überlassen bleiben darf. Die sich aus dem starken Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern einer vermehrten Familiennachführung und längeren durchschnittlichen Verweildauer ergebenden sozialen Probleme und infrastrukturellen Engpässe — insbesondere in bestimmten Ballungszentren — zeigen deutlich, daß eine Steuerung der weiteren Entwicklung entsprechend einer Gesamtkonzeption, die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und außenpolitischen Gesichtspunkten Rechnung trägt, unerläßlich ist. Die hiernach einzuleitenden Maßnahmen, zu denen auch eine Unterstützung der Herkunftsländer bei der Schaffung von Arbeitsplätzen gehören muß, können jedoch vielfach erst längerfristig wirksam werden.

Die Bürgerschaft begrüßt es daher, daß die Bundesregierung ein Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung verabschiedet hat, um die dringlichen Aufgaben zu lösen und eine Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung zu erleichtern. Die dem Aktionsprogramm zugrunde liegenden Zielsetzungen, das anhaltende Interesse der Wirtschaft an der Einstellung ausländischer Arbeitnehmer mit der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur in Einklang zu bringen und den ausländischen Arbeitnehmern für die Dauer ihres Aufenthaltes verbesserte Lebensbedingungen zu bieten, werden von der Bürgerschaft voll unterstützt. Die Einführung einer Wirtschaftsabgabe der Unternehmen wird für dringend erforderlich gehalten.

Hinsichtlich der Situation im Lande Bremen stellt die Bürgerschaft fest, daß die ausländischen Arbeitnehmer einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung leisten. Die Bürgerschaft hält es im Interesse einer sozial verantwortlichen Eingliederungspolitik für erforderlich, daß die infrastrukturellen Folgewirkungen rechtzeitig im Rahmen der Ausgabenplanung berücksichtigt werden.

Neben einer engen Zusammenarbeit aller mit Ausländerfragen befaßten Institutionen sollte nach Auffassung der Bürgerschaft durch eine breite Informations- und Aufklärungsarbeit um ein größeres Verständnis bei der bremischen Bevölkerung für die Nöte und Schwierigkeiten der ausländischen Mitbürger sowie um die Bereitschaft zur Mithilfe bei deren Überwindung geworben werden.

Schnakenberg, Dr. Franke und Fraktion der SPD

Carl Schünemann Bremen